



Europäischer Sozialfonds

50 Jahre Investitionen in Menschen



EUROPÄISCHER SOZIALFONDS

50 Jahre Investitionen in Menschen

GE~~ME~~INS@m

SEIT 1957

EUROPAISCHER SOZIALFONDS
50 Jahre Investitionen in Menschen

Besonderen Dank an das Team von GOPA-Cartermill für die Hilfe bei der Erstellung dieses Buches im Auftrag der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit: Julian Hale (Autor), Jernett Karenen (Redakteurin) und Sylvie Giraudon (Produktionsmanagerin) sowie Jean Oost von MADE IN V. für die künstlerische Gestaltung.

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2007

ISBN 92-79-03355-7

© Europäische Gemeinschaften, 2007

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Bibliografische Daten befinden sich am Ende der Veröffentlichung

Printed in Germany

GEDRUCKT AUF CHLORFREI GEBLEICHTEM PAPIER

VORWORT

Seit mehr als einem halben Jahrhundert arbeitet die Europäische Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten daran, den Menschen die Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Berufsaussichten zu bieten. Der Europäische Sozialfonds hat seit seiner Schaffung im Jahr 1957 Millionen Menschen geholfen; nicht nur in der Landwirtschaft und Industrie, sondern auch im Dienstleistungssektor, wo heute der Großteil der Arbeitsplätze zu finden ist.



*Vladimír Špidla
Kommissar zuständig für
Beschäftigung, Soziales
und Chancengleichheit*

Der Fonds hat sich zu einem festen Bestandteil der Beschäftigungsstrategie der Europäischen Union entwickelt und ist im Laufe der Zeit von etwa 1% des Gesamthaushalts der Gemeinschaft 1970 auf heute 10% gewachsen. In all diesen Jahren hat er sich hervorragend bewährt und als fähig erwiesen, sich an sich verändernde Beschäftigungs- und soziale Bedingungen anzupassen und ihnen oftmals sogar vorzugreifen.

Heute ermöglicht der Europäische Sozialfonds den Mitgliedstaaten, aktive Arbeitsmarktpolitiken durchzuführen, die Bürgerinnen und Bürgern aus allen Gesellschaftsschichten zugute kommen. Der Fonds hilft Menschen, sich umschulen zu lassen, oder unterstützt sie bei der Suche nach ihrem ersten Arbeitsplatz. Er kümmert sich auch um die verletzlicheren Mitglieder der Gesellschaft, die ausgegrenzt werden oder von Marginalisierung bedroht sind, und verschafft ihnen Möglichkeiten, einen Job zu finden oder wieder auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren.

Einen Arbeitsplatz zu haben, kann sich ganz entscheidend auf die Lebenszufriedenheit auswirken, und das gilt gleichermaßen für Männer und Frauen. Einer der großen Erfolge des Europäischen Sozialfonds bestand darin, dass er Frauen geholfen hat, einen ersten Job zu finden oder nach einer Berufspause wieder auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren und am Arbeitsplatz den gleichen Status zu erreichen wie Männer. In den 70er Jahren waren knapp ein Drittel der Beschäftigten Frauen. Heute liegt der Anteil der Frauen an den Beschäftigten bei fast 50 Prozent.

Die Europäische Union ist mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert, die von der Globalisierung bis zu neuen Technologien, von der alternden Bevölkerung bis zu Forschung und Innovation reichen. Um diese in Angriff zu nehmen, sind hoch qualifizierte Arbeitskräfte erforderlich – und genau hier kommt der Europäische Sozialfonds ins Spiel.

Der Sinn und Zweck des Fonds besteht darin, den Bürgerinnen und Bürgern der EU die Hand zu reichen und ihnen zu helfen, sich an die neuen Anforderungen eines sich verändernden Arbeitsmarkts anzupassen. Jeder muss die Möglichkeit haben, seinen Beitrag zu einer wohlhabenden Europäischen Union zu leisten: Frauen und Männer, Junge und Alte, Menschen verschiedener Herkunft und aus verschiedenen ethnischen Gruppen, behinderte Menschen und andere benachteiligte Gruppen.

Die Europäische Kommission wird weiterhin in Partnerschaft mit den Mitgliedstaaten daran arbeiten, Wachstum und Beschäftigung für die gesamte EU sicherzustellen, und sie wird den Europäischen Sozialfonds auch in Zukunft als einen Fonds betreiben, der in Menschen investiert. Ich freue mich über die Gelegenheit, Ihnen diese Geschichte von 50 Jahren Investitionen in Menschen vorzustellen, die, so hoffe ich, auch den weiteren Erfolg des Fonds inspirieren wird.

INHALT

NACHKRIEGSEUROPA – Ein Europa im Wandel	7
DIE 70ER JAHRE – Finanzielle Herausforderungen	13
DIE 80ER JAHRE – Ein Jahrzehnt der Marktveränderungen und neuen Bedürfnisse	19
DIE 90ER JAHRE – Europa stellt sich der Globalisierung	27
DIE 2000ER JAHRE – Hin zu einer wissensbasierten Wirtschaft	37
Wir feiern 50 Jahre Investitionen in Menschen	47
ANLAGE.....	53



NACHKRIEGSEUROPA
Ein Europa im Wandel

DER WIEDERAUFBAU EUROPAS NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

Nach den verheerenden Verlusten an Menschenleben, die Europa während des Zweiten Weltkriegs erlitt, konzentrierte der Kontinent seine Kraft auf Wiederaufbau und Aufschwung. 1951, sechs Jahre nach Kriegsende, unterzeichneten sechs Länder (Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg) den Vertrag von Paris zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), mit dem die kriegswichtigen Güter Kohle und Stahl einer gemeinschaftlichen Verwaltung unterstellt werden sollten. Das übergeordnete Ziel war es, den Ausbruch eines neuen Kriegs auf dem Kontinent zu verhindern.

DIE ANFÄNGE DES EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS

In den Nachkriegsjahren erhielt Europa von den Vereinigten Staaten Unterstützung in Form des Marshallplans für ein europäisches Programm zum Wiederaufbau seiner Infrastrukturen sowie für allgemeine und berufliche Bildung. Die Kohle- und Stahlindustrie warf besondere Probleme auf, weil sie sich nach Ende des Kriegs gesunshrumpfen musste. Eines der Ergebnisse des EGKS-Vertrags war die Errichtung eines Fonds, um den Arbeitnehmern in der Kohle- und Stahlindustrie zu helfen, eine Reihe beruflicher Qualifikationen zu erlangen, um mit der industriellen Modernisierung oder der Umstellung auf neue Produktionsarten Schritt halten zu können, oder um ihnen zu ermöglichen, Arbeit in anderen Branchen oder an anderen Orten zu suchen. Dieser Fonds, der als EGKS-Fonds für die Umschulung und berufliche Wiedereingliederung von Arbeitnehmern bekannt ist, war der Vorläufer des Europäischen Sozialfonds (ESF).

1957 wurde durch den Vertrag von Rom die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und mit ihr der ESF gegründet. Der ESF, von Anfang an fester Bestandteil der europäischen Vision, erhielt einen klaren Auftrag: Durch die Förderung der Beschäftigung und die Erhöhung der geografischen und beruflichen Mobilität der Arbeitnehmer die Arbeitsmöglichkeiten in der Gemeinschaft verbessern. Die Kommission wurde mit der Verwaltung des ESF betraut und vom ESF-Ausschuss dabei unterstützt. Der Ausschuss bestand, und besteht nach wie vor, aus der jeweils gleichen Anzahl von Regierungs-, Gewerkschafts- und Arbeitgebervertretern.

In seiner Anfangszeit wurde der ESF zur „Kompensierung“ von Arbeitsplatzverlusten herangezogen. Er half Arbeitnehmern in Sektoren, die modernisiert

oder auf neue Produktionsarten umgestellt wurden, durch kurzfristige Umschulungsbeihilfen. Darüber hinaus machte er Unterstützung für die Wiedereingliederung oder Wiedereinstellung von Arbeitslosen verfügbar, die ihre Region verließen, um anderswo Arbeit zu suchen. Der ESF konnte umfassender eingesetzt werden als der Fonds der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, da er alle Sektoren außer der Landwirtschaft abdeckte.

MIGRATION UND ARBEITSLOSIGKEIT IN DEN GRIFF BEKOMMEN

Während der 50er und 60er Jahre war die Beschäftigungsquote in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft derart hoch, dass Arbeitslosigkeit als außergewöhnlich betrachtet wurde. Sie beschränkte sich auf junge Menschen im Übergang zwischen Schule und Arbeitsleben und auf Arbeitnehmer, die kurzfristig arbeitslos waren und dann, dank einer Umschulung, die durch den ESF ermöglicht werden konnte, wieder auf den Arbeitsmarkt zurückkehrten. 1957 gab es 70 Millionen Beschäftigte und lediglich 2,6 Millionen Arbeitslose, d. h. eine Arbeitslosenquote von kaum mehr als 3,5 %.

10

Eine Ausnahme machte vor allem Italien, auf das knapp zwei Drittel der Arbeitslosen der EWG – fast 1,7 Millionen – entfielen. Die italienischen Arbeitnehmer aus dem viel ärmeren, von Landwirtschaft abhängigen Süden des Landes, in dem die Arbeitslosigkeit endemisch geworden war, zogen daher fort, um anderswo eine Beschäftigung zu finden, entweder in den industrialisierten Norden oder ins Ausland. Neun Millionen Arbeitnehmer verließen zwischen 1955 und 1971 den Süden Italiens.

Ähnliches konnte man in Spanien beobachten, das damals noch kein Mitglied der EWG war. Zwischen 1950 und 1970 zogen über eine Million Spanier aus Andalusien im Süden Spaniens Richtung Norden nach Katalonien, dem industriellen Zentrum des Landes.

Viele Italiener kamen im Anschluss an eine Regierungsvereinbarung nach Belgien, wo sie in den wallonischen Kohlebergwerken arbeiteten. Im Gegenzug hatte sich Belgien dazu verpflichtet, Italien mit Kohle zu versorgen. Daher waren Italiener zu



Beginn die Hauptbegünstigten des Europäischen Sozialfonds für Umschulung und berufliche Eingliederung.

Ein weiteres Land, das den Fonds regelmäßig in Anspruch nahm, war die Bundesrepublik Deutschland, die ihn vor allem zur Umschulung von Arbeitnehmern einsetzte, die einen Arbeitsunfall erlitten hatten.

In den Anfangsjahren verwendeten die EWG-Regierungen die Gelder des Fonds, um Probleme auf nationaler Ebene zu bewältigen. Ihre Anträge wurden von der Kommission automatisch genehmigt. Da es keine europäische Gesamtstrategie gab, wurden die Mittel auch nicht strategisch eingesetzt, sondern über eine Vielzahl von Ad-hoc-Projekten verteilt.



Doch wurde für den Fonds bereits eine gemeinschaftliche Finanzierungsregel angewendet, die auch heute noch gilt: EWG-Mittel mussten durch nationale Mittel ergänzt werden. Nach Genehmigung der Fördergelder flossen diese in staatlich geleitete Umschulungs- und Wiedereingliederungsprojekte, die vom öffentlichen Sektor durchgeführt wurden. Zu dieser Zeit nahmen noch keine Privatunternehmen am ESF teil.

Die Wirkung des Fonds machte sich sehr schnell bemerkbar; verschiedenen Schätzungen zufolge hat er zwischen 1960 und 1973 einer Million Arbeitnehmern geholfen, wieder einen Job zu finden. Europas Wirtschaft war damals im Aufschwung, angetrieben durch den Wiederaufbau und unterstützt durch billige Erdölpreise.

DER ESF ENTWÄCHST SEINEN KLEIDERN – UND BEKOMMT EIN NEUES GEWAND

Die Zahl von Anträgen stieg rapide, und der Fonds wurde ein Opfer seines Erfolgs. Schon bald fehlte es an Geld; die Mittel mussten effizienter zugeteilt und eingesetzt werden.

Die 50er und frühen 60er Jahre waren Zeiten hoher Beschäftigung gewesen, aber Ende der 60er Jahre kamen immer mehr Zweifel daran auf, ob wirklich genug Arbeitsplätze für alle vorhanden waren. 1969 erklärten die EWG-Regierungen bei ihrem Gipfeltreffen in Den Haag, dass der Fonds im Rahmen ihrer Bemühungen, ihre jeweiligen Sozialpolitiken miteinander in Einklang zu bringen, umgestaltet werden müsse. Damit bereiteten sie der ersten Reform des ESF im Jahr 1971 den Boden.





DIE 70ER JAHRE

Finanzielle Herausforderungen



In den 70er Jahren setzte (insbesondere mit der Ölkrise 1973) ein Abschwung der europäischen Wirtschaft ein; eine Epoche, die manchmal als das Goldene Zeitalter des Wirtschaftswachstums in Europa bezeichnet wird, ging zu Ende. Als die Ölpreise 1973 in die Höhe schossen, nachdem die Organisation der arabischen Erdöl exportierenden Staaten (OAEPC) die Öllieferungen an Länder, die Israel in seinem Krieg gegen Ägypten und Syrien unterstützten, eingestellt hatte, waren davon alle Teile der Wirtschaft betroffen, auch die Beschäftigung. Die Energiekrise von 1979 machte alles noch schlimmer.

EINE HELFENDE HAND FÜR ÄRMERE REGIONEN

Bei der ersten Reform des Europäischen Sozialfonds 1971 ging es darum, die Gelder auf bestimmte Gruppen und Kategorien der Bevölkerung auszurichten. Außerdem wurden dem Fonds neue Mittel zugeführt: Sein Haushalt war 1972 und 1973 höher als der für die vorigen 12 Jahre bereitgestellte Gesamtbetrag.

1973 traten das Vereinigte Königreich, Dänemark und Irland der EWG bei; die erste Erweiterung von sechs auf neun Mitgliedstaaten. Als sich die EWG auf diese Erweiterung vorbereitete, kamen die Staats- und Regierungschefs der neun Länder im Oktober 1972 in Paris zusammen. Sie waren sich der Notwendigkeit bewusst, regionale und strukturelle Ungleichgewichte in der Wirtschaftsentwicklung in den Griff zu bekommen. Drei Jahre später, 1975, wurde der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) ins Leben gerufen. Sein Auftrag bestand darin, von Umstrukturierungen oder dem industriellen Wandel besonders stark betroffene Regionen zu unterstützen. Die beiden Fonds sollten Hand in Hand arbeiten, wobei der ESF die Aufgabe hatte, Menschen in ganz Europa zu neuen Qualifikationen zu verhelfen, während der EFRE sich auf die Entwicklung der Infrastruktur in Regionen konzentrierte, die einen Rückstand zu beklagen hatten. Gemeinsam wurden die zwei Fonds als „Strukturfonds“ bezeichnet.

⇒ 15

DIE BEDÜRFNISSE SPEZIFISCHER GRUPPEN IM VISIER

In den 70er Jahren wurde der ESF einer breiteren Gruppe von Arbeitnehmern zugänglich gemacht. Da sich die Landwirtschaft veränderte, brauchten Landwirte und landwirtschaftliche Arbeitskräfte Unterstützung: Ab 1972

kamen auch sie für Fördermittel in Betracht. Ähnliches geschah im Textilsektor, der sich unter dem Einfluss der ersten Ansätze globaler Handelsmuster von einer arbeitsintensiven in eine kapitalintensive Branche verwandelte. Textilarbeiter mussten neue Qualifikationen erwerben, ob sie nun in dem Sektor bleiben oder einen anderen Beruf ergreifen wollten. Daher stand der ESF seit 1975 auch der Bekleidungsindustrie offen.

Der ESF hatte bereits in früheren Jahrzehnten Wiedereingliederungshilfe für Migranten bereitgestellt, doch in den 70er Jahren wurde diese Unterstützung erweitert, um Menschen bei der Bewältigung der praktischen Probleme zu helfen, denen sie sich im Zusammenhang mit der Arbeit in einem anderen EWG-Land gegenüber sahen. Die Arbeitnehmer bekamen Unterstützung für die mit dem Erlernen der jeweiligen Landessprache verbundenen Kosten, und um ihnen und ihren Familien zu helfen, sich an ihre neuen Lebens- und Arbeitsbedingungen anzupassen, wurden sie gezielt beraten. Darüber hinaus wurden im Rahmen des ESF auch Vorbereitungsstudien und innovative Pilotprogramme unterstützt, um neue Ideen und Methoden zu testen.

Die Jugendarbeitslosigkeit nahm in den 70er Jahren stetig zu. Gegen Ende des Jahrzehnts erhielt der ESF immer mehr Anträge auf Unterstützung junger Menschen mit niedrigem Qualifikationsniveau. Die in Betracht kommenden Anträge überstiegen den verfügbaren Haushalt um mehr als das Fünffache. Der ESF reagierte rasch und konzentrierte seine Unterstützung für Jugendliche auf Einstellung und Beschäftigung. Einstellungsbeihilfen waren dazu bestimmt, jungen Menschen zu helfen, nützliche Erfahrungen mit beruflichem Inhalt zu sammeln, oder es für sie einfacher zu machen, einen festen Job zu finden.

1977 stellte die Kommission fest, dass sich die Jugendarbeitslosigkeit binnen vier Jahren mehr als verdoppelt hatte und in der Europäischen Gemeinschaft rund 2 Millionen Menschen unter 25 Jahren arbeitslos waren. Um eine Beschäftigung zu finden, wurde es immer wichtiger, über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Universitätsabschluss zu verfügen. Junge Menschen ohne solche Abschlüsse oder mit Abschlüssen, die dem Bedarf des Arbeitsmarktes nicht entsprachen, hatten zunehmend Probleme, eine Arbeit zu finden. Daher wurden junge Arbeitslose eine vorrangige Gruppe für den ESF.

Etwa zum gleichen Zeitpunkt begann der ESF, dem Platz von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zunehmend Aufmerksamkeit zu widmen. Angesichts der wachsenden Rolle von Frauen am Arbeitsplatz ließ der ESF Frauen mehr Unterstützung zukommen, ob sie nun ihren Job verloren hatten, erstmals in den



Arbeitsmarkt eintraten oder nach einer Unterbrechung wieder dorthin zurückkehrten. Auch andere spezifische Gesellschaftsgruppen, wie etwa behinderte Menschen und ältere Arbeitnehmer (ab 50), wurden nun gezielt vom Europäischen Sozialfonds berücksichtigt.

AUF DEM WEG ZU EINER GEMEINSAMEN EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTSSTRATEGIE

Als der ESF einen stärker auf die verschiedenen Zielgruppen zugeschnittenen Ansatz entwickelte, wurde klar, dass er nicht mehr ausschließlich mit öffentlichen Organisationen arbeiten konnte, sondern auch Arbeitgeber und Gewerkschaften sowie einzelne Unternehmen einbeziehen musste. Dies bedeutete letztlich eine Form von öffentlich-privater Partnerschaft, führte aber auch zu einer bedeutenden Veränderung der Funktionsweise des Fonds.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Mitgliedstaaten Projekte durchgeführt und anschließend die entsprechenden Mittel erhalten. Nachdem der Zugang zu dem Fonds erweitert worden war, musste ein System der vorherigen Genehmigung eingerichtet werden. Dies

fürhte zu erheblichen Veränderungen: Vor allem begann damit ein Prozess, in dem die Kommission und die Mitgliedstaaten in Zukunft gemeinsame Prioritäten in der EWG festlegen und konzentrierte Fördermittel für deren Inangriffnahme zuweisen sollten. Mit anderen Worten, es entwickelte sich nach und nach ein strukturiertes Konzept zu der Frage, wie sich die Verwendung der Gelder optimieren ließe und wie man die vom ESF geförderten Interventionen so effizient wie möglich gestalten könne.

Dies war jedoch nicht die einzige Veränderung. Das neue System der vorherigen Genehmigung und der besser strukturierte Ansatz brachten auch mehr Kontrollen mit sich, da sicherzustellen war, dass die ESF-Gelder korrekt verwendet wurden. Dadurch wurden die Verfahren für Mitgliedstaaten und Organisationen, die mit ESF-Mitteln arbeiteten, wie auch für die Kommission immer komplexer. Nicht zuletzt waren diese Entwicklungen mit einer offenbar unvermeidlichen Zunahme an Bürokratie verbunden.





DIE 80ER JAHRE
**Ein Jahrzehnt der
Marktveränderungen und
neuen Bedürfnisse**



Die 80er Jahre waren eine Zeit tiefgreifender Veränderungen für Europas Volkswirtschaften. Am Anfang des Jahrzehnts setzte – infolge der Energiekrise 1979 – ein neuer finanzieller Abwärtstrend ein, der allerdings nicht so ernst war wie der Anfang der 70er Jahre. Die europäischen Staats- und Regierungschefs erkannten, dass eine engere wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit Europa in die Lage versetzen würde, besser mit derartigen Krisen fertig zu werden.

Die ersten Grundlagen für das, was später die Währungsunion werden sollte, waren bereits 1979 gelegt worden. In diesem Jahr wurde die ECU, der Vorläufer des Euro, eingeführt. Sie diente als virtuelle Währung, in die die nationalen Währungen umgerechnet wurden, so dass Wechselkursschwankungen weitgehend vermieden werden konnten.

1981 trat Griechenland der Europäischen Gemeinschaft bei, 1986 folgten Spanien und Portugal. Ein Jahr später, 1987, wurde mit dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte ein großer Schritt auf dem Weg zu einem europäischen Binnenmarkt gemacht. Die 12 Mitglieder der Gemeinschaft nahmen Kurs auf einheitlichere Finanzpolitiken und -märkte.



Auch Europas Industrien veränderten sich: In den 80er Jahren begann die Zeit des Übergangs vom industriellen zum Informationszeitalter. Traditionelle Sektoren wie Stahl, Fertigung und Schiffsbau waren im Niedergang, und nach und nach zeichneten sich, vor allem im Dienstleistungssektor, die ersten aus neuen Technologien hervorgehenden Gelegenheiten ab, was zu einer hohen Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften führte.

Die Arbeitslosigkeit war nach wie vor sehr hoch. Die Gesamtarbeitslosigkeit in der Europäischen Gemeinschaft verdoppelte sich von 6 Millionen 1979 auf 12 Millionen 1983, und die Jugendarbeitslosigkeit lag in den meisten Mitgliedstaaten bei über 25%. Noch bedenklicher war die zunehmende Ausbreitung von Langzeitarbeitslosigkeit (ein Jahr oder länger).

IT-AUSBILDUNG – DER ESF ERFÜLLT DIE ERFORDERNISSE DES MARKTES

Für den ESF bedeutete der industrielle Wandel eine gewaltige Herausforderung. Anfang der 80er Jahre wurde die vorausschauende Entscheidung getroffen, den ESF für die Ausbildung in den neu aufkommenden Technologien zu nutzen. Im Finanzierungszeitraum 1983-88 wurde eine entscheidende Änderung eingeführt: Es wurde nicht mehr verlangt, dass eine umgeschulte Person mindestens die ersten sechs Monate nach ihrer Ausbildung in einem mit dieser Ausbildung verbundenen Job arbeiten musste. Diese Neuerung spiegelte die Realität eines im Wandel befindlichen Arbeitsmarkts wider und machte es dem Fonds möglich, für Ausbildung in allen Bereichen der Wirtschaft zu sorgen. Dabei ging es darum, den Begünstigten eine Reihe von Qualifikationen zu vermitteln und so ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz in verschiedenen Sektoren zu verbessern.

Seinerzeit hatte die Industrie Probleme, junge Menschen mit modernen Qualifikationen in Bereichen wie

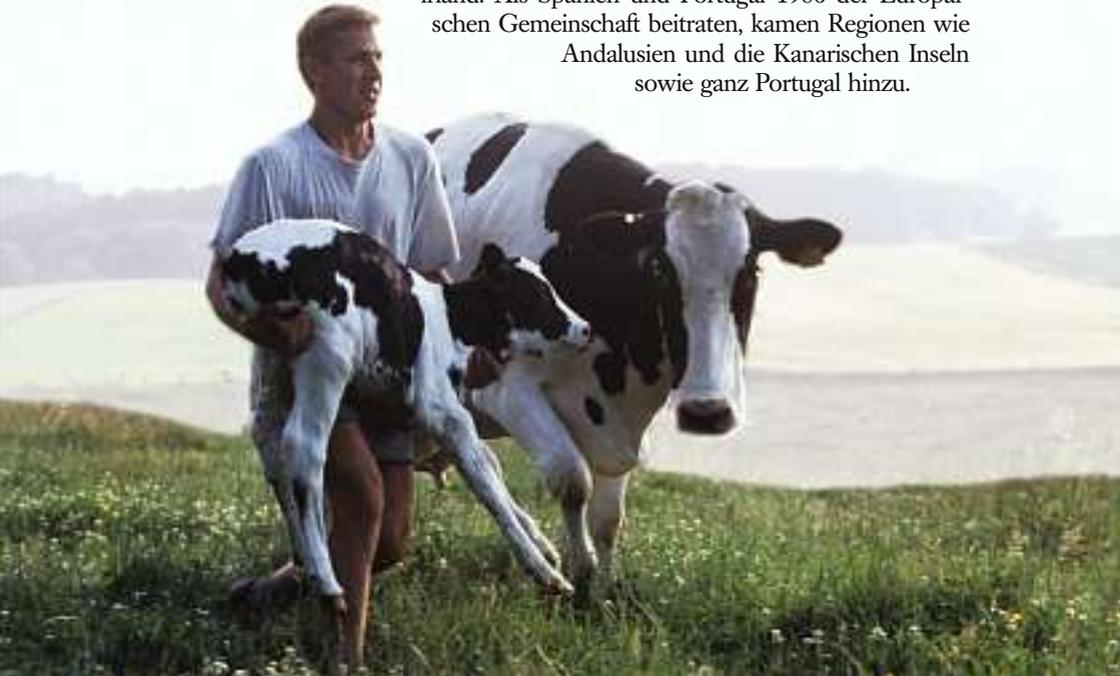


Elektronik, Maschinenbau und Informationstechnologie zu finden. Zwei ESF-Prioritäten waren Berufsausbildung (die Hälfte davon Lernen am Arbeitsplatz) und Kurse, in denen die Teilnehmer für den Gebrauch neuer Technologien geschult wurden. Neue Technologien sollten schon bald zu einem festen Bestandteil der Arbeitswelt werden, und der ESF hat dieses Bedürfnis schon sehr frühzeitig in Angriff genommen.

DEN ÄRMEREN REGIONEN HELFEN, GEGENÜBER DEN REICHEREN AUFZUHOLEN

In den drei neuen Mitgliedstaaten der 80er Jahre (Griechenland, Portugal und Spanien) war die Landwirtschaft nach wie vor der dominierende Sektor, und das Pro-Kopf-Einkommen lag deutlich unter dem EG-Durchschnitt. 1983 wurde beschlossen, die Gelder des ESF in besonders hilfsbedürftige Regionen zu lenken. Dies führte zu einer steigenden Zahl von Beihilfeanträgen, und im Jahr 1988 wurde der ESF reformiert, damit er die am weitesten zurückliegenden Regionen besser unterstützen (und so das Gefälle zwischen reichen und armen Gebieten reduzieren) und den immer zahlreicheren Hilfsanträgen Folge leisten konnte.

Über die Hälfte der Mittel des ESF ging an Programme zur Förderung der Beschäftigung in ärmeren Regionen und Ländern wie Griechenland, den französischen Überseedepartements, Irland, dem Mezzogiorno in Süditalien und Nordirland. Als Spanien und Portugal 1986 der Europäischen Gemeinschaft beitraten, kamen Regionen wie Andalusien und die Kanarischen Inseln sowie ganz Portugal hinzu.



JUGENDARBEITSLOSIGKEIT UND FRAUEN AUF DEM ARBEITSMARKT – GANZ OBEN AUF DER ESF-AGENDA

Ende der 70er Jahre hatte die Jugendarbeitslosigkeit Besorgnis erregende Ausmaße angenommen. Europa ergriff in den 80er Jahren weitere Maßnahmen zur Verstärkung der Integration, aber die Jugendarbeitslosigkeit wurde dadurch nicht beseitigt. Der steigende Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitskräften führte zu einer steigenden Nachfrage an Fortbildung, und der ESF reagierte entsprechend. Die Fördermittel wurden auf junge Menschen, die wegen mangelnder oder unangemessener Berufsausbildung nur geringe Aussichten auf einen Job hatten, sowie auf Langzeitarbeitslose ausgerichtet. Frühzeitige Schulabgänger wurden ebenfalls mit einbezogen, da eine große Zahl junger Menschen die Schule vorzeitig abbrachen oder ohne irgendwelche Qualifikationen verließen.

Die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt war weiterhin ein wichtiges Thema. Die Verstärkung des Rechtsrahmens für Gleichbehandlung in den 70er Jahren (die im Vertrag von Rom festgeschrieben wurde) brachte Ergebnisse hervor. Der ESF spielte eine Schlüsselrolle, denn er half Frauen nicht nur, in den Arbeitsmarkt einzutreten, sondern ging auch geschlechtsspezifische Stereotype an, die ihnen bei ihrer Suche nach einem Job im Weg standen. Die ESF-Reform im Jahr 1988 unterstrich die Notwendigkeit, „Frauen in Berufe, in denen sie erheblich unterrepräsentiert sind“, zu integrieren. Der ESF unterstützte diese Bemühungen durch die Finanzierung spezieller Ausbildungsprogramme für solche Tätigkeiten. Außerdem förderte er Maßnahmen, um Frauen im Fall von Massenentlassungen zu helfen oder ihre Aussichten zu verbessern, eine höher qualifizierte Beschäftigung zu bekommen und zu sichern.



DER BINNENMARKT ENTSTEHT – UND DER ESF WIRD GRUNDLEGENDE REFORMIERT

Auf dem Weg zur Vollendung des Binnenmarkts in den 90er Jahren spielte der ESF eine wichtige Rolle: Er sorgte dafür, dass alle Bürger und Regionen der Gemeinschaft vom Erfolg des sich entwickelnden Binnenmarkts profitieren konnten. Die Schaffung des Binnenmarkts erfüllte das Prinzip der Freizügigkeit von Gütern, Dienstleistungen, Personen und Kapital mit Leben.

Der Fonds war erheblich gewachsen, aber das galt auch für die damit verbundenen administrativen Formalitäten. Bei dem Fonds gingen Tausende von Einzelanträgen in allen Gemeinschaftssprachen ein, und die Auswahl der besten Projekte erwies sich als ausgesprochen schwierig. Für jedes ESF-Projekt mussten die Mitgliedstaaten bei der Kommission einen Antrag stellen, und dann musste die Kommission jeden einzelnen Antrag bewerten und erfolgreiche Anträge genehmigen. Dadurch wurde die Handhabung des ESF sowohl für die Mitgliedstaaten als auch für die Kommission immer mühseliger.



Die wachsende Größe und Bedeutung des ESF machte eine neuerliche Reform erforderlich, um eine engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission zu etablieren. Diese Änderung sollte die Tatsache widerspiegeln, dass die Gelder der Europäischen Kommission zu politischen Maßnahmen beitragen, die weitgehend im nationalen Kontext der Mitgliedstaaten festgelegt wurden.

→ 25

Diese entscheidende ESF-Reform wurde 1988 gestartet. Dabei ging es im Wesentlichen darum, die Programmplanung des Fonds auf eine längerfristige Basis zu stellen, um ihn effektiver einsetzen zu können. Die Reform war ein Übergang von Einzelprojekten, die in einem nationalen Kontext durchgeführt wurden, zu programmierten mehrjährigen Maßnahmen, die auf einer zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission partnerschaftlich vereinbarten Basis durchgeführt wurden. Die Initiativen,

die im Hinblick auf diese längerfristige Planung für den ESF und die Beschäftigungspolitiken der Mitgliedstaaten im Ganzen ergriffen wurden, erhielten 1988 durch die Entscheidung, dass die Gemeinschaft von einem Einjahreshaushalt zu einer mittelfristigen Haushaltsperspektive (1988/1989-93) übergehen sollte, gehörigen Auftrieb. Sie bedeutete, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten sich darauf verlassen konnten, dass die Gelder während des gesamten Zeitraums verfügbar sein würden und Mehrjahresprogramme sicher auf den Weg gebracht werden konnten.

Die Mitgliedstaaten und die Kommission sollten die Ausgaben des ESF gemeinsam koordinieren und im Voraus planen. Die Mitgliedstaaten vereinbarten, Beschäftigungsdaten und Strategien auszutauschen, um die Integration des ESF in die Arbeitsmarktpolitiken der Mitgliedstaaten zu vereinfachen. Die Reform sollte unter anderem bewirken, den ESF präziser auf die Bedürfnisse der Regionen und Mitgliedstaaten abzustimmen.

Im Anschluss an die Reform musste der ESF seine Bemühungen stärker auf die bedürftigsten Regionen oder Bevölkerungsgruppen konzentrieren. Im Übrigen wurde durch die Reform auch das Prinzip verstärkt, dass Gemeinschaftsmittel als Ergänzung zu nationalen Maßnahmen hinzukommen. Und nicht zuletzt erhielt der ESF mehr finanzielles Gewicht.

26 

An dieser Stelle ist auf die enormen Mittel hinzuweisen, die der ESF zur Unterstützung der Beschäftigungsstrukturen der Mitgliedstaaten einsetzt. Insgesamt hat der Fonds schätzungsweise mehr als 2 Millionen Menschen pro Jahr zu Berufsabschlüssen oder Arbeitsplätzen verholfen.

Im letzten Jahrzehnt des Jahrtausends vollzogen sich in Europas Gesellschaft – und ihren Ambitionen – erhebliche Veränderungen. Die Industrieproduktion ging zurück, während der Dienstleistungssektor einen Aufschwung erlebte. Die Europäische Gemeinschaft war auf dem Weg zu einem effektiven Binnenmarkt, und die ersten Anzeichen der bevorstehenden Globalisierung machten sich bemerkbar. Der ESF hat maßgeblich dazu beitragen, die negativen Auswirkungen für den Einzelnen abzufangen und zu helfen, sich an eine Welt im Wandel anzupassen.



DIE 90ER JAHRE Europa stellt sich der Globalisierung





Die 90er Jahre waren geprägt von dem rasanten Voranschreiten der Globalisierung im Anschluss an das Ende des Kalten Kriegs. Der Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und der Zusammenbruch des Kommunismus brachten Europa große Veränderungen. Weitere bedeutende Entwicklungen auf europäischer Ebene waren die Vollendung des Binnenmarkts 1992, die Verträge von Maastricht und Amsterdam und die Erweiterung der Gemeinschaft auf 15 Mitgliedstaaten mit dem Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens. Darüber hinaus nahm die EU auch Beitrittsverhandlungen mit den mittel- und osteuropäischen Ländern und Malta und Zypern auf.

Die Rezession der Wirtschaft kennzeichnete die 90er Jahre, vor allem zu Beginn des Jahrzehnts: Die Aktienmärkte waren 1987 eingebrochen, die Ölpreise stiegen aufgrund des Golfkriegs (1990-1991) und die deutsche Wiedervereinigung erwies sich als teurer als erwartet. Die Arbeitslosenquote betrug etwa 10%. Im Jahr 1994 waren 18,7 Millionen Menschen, darunter viele junge Leute, arbeitslos.

→ 29

Das Konzept des „Wachstums ohne Arbeitsplätze“ – Wirtschaftswachstum, aber mit hohen Arbeitslosenquoten – verbreitete sich und wurde zu einer wachsenden Sorge der Mitgliedstaaten.

Die technologischen Entwicklungen der 80er Jahre setzten sich fort und nach und nach hielten Computer Einzug in Unternehmen und Privathaushalte. Der zunehmende Gebrauch des Internets und der darauf folgende Dot-com-Boom ab 1995 haben nicht nur die moderne Kultur revolutioniert, sondern auch der Globalisierung Vorschub geleistet.



VON EINEM GLOBALEN ANSATZ ZU EINER GEMEINSAMEN STRATEGIE

In Reaktion auf die steigenden Arbeitslosenquoten einigten sich die EU-Regierungen 1994 auf eine Beschäftigungsstrategie, die darauf ausgelegt war, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern. Die Arbeit entwickelte sich zu einem gemeinsamen Ansatz für Beschäftigung, und 1997 vereinbarten die Mitgliedstaaten einen Rahmen für Beschäftigungsleitlinien und eine gemeinsame Strategie. Die erste Reihe von Leitlinien sah Maßnahmen vor, mit denen verschiedene Zwecke verfolgt wurden: Sicherstellen, dass möglichst viele Personen in der Lage waren, einen Job zu finden, die Beschäftigungsquote von Frauen anheben, die Zahl von Kinderbetreuungseinrichtungen erhöhen und Unternehmertum fördern. Auch der Anpassungsfähigkeit wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet; es ging darum, erwerbstätige Menschen in die Lage zu versetzen, sich gegebenenfalls auf neue Arbeitsbereiche einzustellen. Für den ESF bedeutete dies, seinen Schwerpunkt von Arbeitslosigkeit auf Beschäftigung zu verlagern.

EINFÜHRUNG BERUFLICHER ORIENTIERUNG UND BERATUNG

Umfassendere und breiter zugängliche Ausbildung, bessere Ausbildung für anerkannte und relevante Berufsabschlüsse, Schaffung von Arbeitsplätzen sowie bessere berufliche Orientierung und Beratung standen nun im Mittelpunkt des Fonds.

Doch während der Schwerpunkt auf erwerbstätige Personen verlagert wurde und darauf, ihnen zu helfen, ihren Arbeitsplatz zu behalten und beruflich voranzukommen, verlor der ESF die verletzlichsten Mitglieder der Gesellschaft nicht aus den Augen. Der Fonds unterstützte weiterhin Ausbildung für junge Menschen, Arbeitslose und aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzte Personen. In diesem Bereich spielten Sozialpartner, Nichtregierungsorganisationen und andere Wohlfahrtsträger sowie der Freiwilligensektor eine besonders wichtige Rolle bei der Verwirklichung der Ziele des ESF. Da sie in engem Kontakt mit verletzlichen Gruppen stehen, sind sie am besten dazu in der Lage, sie zu erreichen und zu unterstützen.

EINFÜHRUNG VON INNOVATIONS- UND WISSENSAUSTAUSCH

Das Arbeitslosenproblem ließ sich jedoch nicht so einfach aus der Welt schaffen und es bestand zunehmend Bedarf an innovativen Lösungen. Der ESF stellte 5% seines Haushalts bereit, um innovative Programme (einschließlich Pilotaktionen und Studien sowie die Übertragung und Verbreitung bewährter Methoden) zu finanzieren, die Wirksamkeit der vom ESF geförderten Projekte zu untersuchen und den Erfahrungsaustausch zwischen Mitgliedstaaten zu unterstützen, um ganz Europa mit innovativen Konzepten in diesem Bereich vertraut zu machen. Diese ESF-Initiativen führten zur Schaffung dreier größerer Gemeinschaftsprogramme: EUROFORM, das mit neuen Wegen der Berufsausbildung und Beschäftigung experimentierte, HORIZON, das der Ausbildung von Menschen mit Behinderungen gewidmet war, und NOW (New Opportunities for Women), in dessen Rahmen Wege untersucht wurden, Frauen einfacher (wieder) auf den Arbeitsmarkt zu bringen.



Gestützt auf den Erfolg dieser Gemeinschaftsinitiativen wurde schon bald eine Reihe neuer Programme aufgelegt, um spezifische Probleme des Arbeitsmarkts in Angriff zu nehmen und den paneuropäischen, transnationalen Austausch von Ideen und Konzepten weiter zu fördern. Zu diesen neuen Programmen gehörten beispielsweise YOUTHSTART, das jungen Menschen ohne Abschluss half, einen ersten Job zu finden, INTEGRA, das Gruppen wie allein erziehenden Eltern, Obdachlosen, Flüchtlingen, Häftlingen und ehemaligen Häftlingen bei der Suche nach einem sicheren Arbeitsplatz unterstützte und Rassen- oder andere Formen der Diskriminierung bekämpfte, und ADAPT, das Menschen beispielsweise durch Ausbildung in Informationstechnologien half, sich an Veränderungen in der Wirtschaft und Industrie anzupassen.

GEMEINSAME BEMÜHUNGEN DES ESF UND ANDERER STRUKTURFONDS IN SPEZIFISCHEN BEREICHEN

Dies waren stürmische Zeiten für den ESF. Anfang der 90er Jahre wurde der Binnenmarkt vollendet, die Bemühungen um eine gemeinsame europäische Währung schritten voran, und so wurde es immer wichtiger, die Unterschiede zwischen reicheren und ärmeren Regionen auszugleichen. 1992 beschlossen die europäischen Staats- und Regierungschefs, die Mittel der



Strukturfonds für den Zeitraum 1994-1999 im Vergleich zu 1988-1993 fast zu verdoppeln. Knapp 70% dieser Mittel wurden den bedürftigsten Regionen zugewiesen.

1994 beschlossen die Mitgliedstaaten überdies, die Unterstützung spezifischer Gruppen durch neue Fonds zu intensivieren. Neben den Strukturfonds wurde der Kohäsionsfonds aufgelegt, um den ärmeren EU-Ländern bei der Entwicklung von Infrastrukturvorhaben in den Bereichen Umwelt und Verkehr zu helfen. Das Finanzierungsinstrument zur Ausrichtung der Fischerei (FIAF) nahm die Umstrukturierung im Fischereisektor – ein weiterer hilfsbedürftiger Bereich – ins Visier, und der bereits seit 1962 bestehende Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) investierte weiterhin in die Entwicklung der ländlichen

Gebiete Europas. Als Finnland und Schweden 1995 der EU beitraten, übernahmen die Strukturfonds eine neue Aufgabe und wandten sich nun auch schwach bevölkerten Regionen (mit nicht mehr als acht Einwohnern pro Quadratkilometer) zu.



AUF DEM WEG ZU EINEM INTERGENERATIONELLEN ANSATZ

Auch wenn bereits in den 80er Jahren deutlich war, dass die Geburtenraten sanken, war damals noch nicht klar, dass eine alternde Bevölkerung eine ernsthafte Herausforderung für den Arbeitsmarkt darstellen würde. Die niedrigen Geburtenraten bedeuteten, dass weniger Erwerbspersonen für mehr Personen im Ruhestand (und mit einer längeren Lebenserwartung) würden aufkommen müssen, und dadurch gerieten die Rentensysteme der Mitgliedstaaten unter Druck. Europa war mit altersbedingten Beschäftigungsproblemen – ältere Arbeitnehmer (55-64) und eine wachsende alternde Bevölkerung – konfrontiert. Daher war es notwendig, mehr Menschen, etwa Frauen oder Immigranten, auf den Arbeitsmarkt zu bringen. Außerdem lag es auf der Hand, dass die

Erfahrungen und Fähigkeiten der älteren Arbeitnehmer in Zukunft für ihre Arbeitgeber zu einem immer wichtigeren Aktivposten werden würden.

Angesichts dieser Situation stellte der ESF Mittel zur Ausbildung älterer Arbeitnehmer am Arbeitsplatz bereit, um ihnen zu ermöglichen, länger beschäftigt zu bleiben, oder um sie auf den Arbeitsmarkt zurückzubringen. Außerdem unterstützte der ESF Initiativen zur Schaffung von Betreuungsangeboten für ältere Menschen, um ihren Angehörigen die Möglichkeit zu geben, ihren Job zu behalten bzw. wieder eine Arbeit aufzunehmen.



DAS PROBLEM DER UNGLEICHBEHANDLUNG VON MÄNNERN UND FRAUEN AN DER WURZEL PACKEN

Auch wenn sich die Zahl erwerbstätiger Frauen stetig erhöhte, wurde vielfach noch immer von ihnen erwartet, gleichzeitig ihre „traditionelle“ Rolle in der Familie zu erfüllen. Dabei zeigte sich, dass es an Unterstützungsstrukturen fehlte, um ihnen zu helfen, einen Job zu finden und zu behalten und beruflich voranzukommen. Beispielsweise war es wegen des Fehlens von Kinderbetreuungseinrichtungen sehr problematisch für Frauen, Karriere zu machen. Hier half der ESF mit Beihilfen für die Inanspruchnahme solcher Einrichtungen: Wenn zum Beispiel eine Mutter drei Tage pro Woche an einem Ausbildungskurs teilnehmen musste, zahlte der ESF die Gebühren für die Kinderkrippe.

Durch die ESF-Reform im Jahr 1993 wurde sichergestellt, dass die Unterstützung nicht nur auf Frauen ausgerichtet wurde, die nach der Geburt eines Kindes wieder auf den Arbeitsmarkt zurückkehrten, sondern auch auf gering und nicht gebildete Frauen, die Gefahr liefen, arbeitslos oder aus der Gesellschaft ausgegrenzt zu werden. Nicht zuletzt kam die Hilfe auch Frauen zugute, die ein Unternehmen gründen wollten.



Die Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsinitiative, „New Opportunities for Women (NOW)“, zwischen 1991 und 1999 unterstrich die Bedeutung der Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt. NOW war darauf ausgelegt, neue Ideen für die Ausbildung und Beschäftigung von Frauen zu testen und umzusetzen; dabei ging es um Themen wie Frauen als Unternehmerinnen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie und eine ausgewogene Repräsentation von Männern und Frauen in Entscheidungsprozessen. Die Projekte im Rahmen dieser Initiative waren äußerst erfolgreich und ermöglichten es vielen Frauen, einen Job zu finden, sich weiterbilden zu lassen oder eine eigene Firma auf die Beine zu stellen.

→ 35

Durch die Unterstützung der Stellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt hat der ESF im Laufe der Zeit auch erheblich zum Abbau des Lohngefälles zwischen Männern und Frauen beigetragen. Dank der europäischen Gesetzgebung ist das Prinzip des gleichen Entgelts für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit seit 1975 in Kraft. Das geschlechtsspezifische Lohngefälle bezieht sich jedoch auf Lohnungleichheit als Ausdruck der Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt, wie etwa die Trennung in Sektoren, Berufen und Arbeitsmustern, der Zugang zu allgemeiner und beruflicher Bildung, nicht neutrale Bewertungs- und Lohn-/Gehaltssysteme sowie Geschlechterstereotype. Trotz zunehmender Teilhabe am Arbeitsmarkt und an tertiärer Bildung haben Frauen nach wie vor eine andere Position auf dem Arbeitsmarkt als Männer. Der ESF hat jedoch mitgeholfen, die geschlechtsspezifischen Gehaltsunterschiede zu reduzieren: Von bis zu 40 % in den 60er Jahren auf heute weniger als 20%. Dies ist ein beachtlicher Fortschritt, aber natürlich müssen die Bemühungen in Zukunft fortgesetzt werden.

HÖHERE BESCHÄFTIGUNGSQUOTEN DANK ESF-FÖRDERUNG

Der ESF hat einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geleistet und geholfen, den negativen Effekten der Wirtschaftsflaute entgegenzuwirken. Die Arbeitslosigkeit war zwar zu Beginn des Jahrzehnts noch immer hoch, aber 1999 war sie auf 15,9 Millionen gesunken, d. h. eine Verringerung von fast 3 Millionen. Und die Beschäftigung in der EU stieg zwischen 1994 und 1999 um 9 Millionen, von 149 auf 158 Millionen.

Insgesamt hat der ESF Millionen von Menschen in ganz Europa durch eine Vielzahl von Maßnahmen unterstützt. Die größte Empfängergruppe waren die „Langzeitarbeitslosen“ (23%), gefolgt von jungen Menschen (16%). Die für Einzelpersonen nützlichsten Programme boten in der Regel eine Kombination verschiedener Dienstleistungen an, beispielsweise Beratung, Ausbildung und Jobsuche.



**DIE 2000ER JAHRE
Hin zu einer wissensbasierten
Wirtschaft**

Eine der Schlüsselfragen, mit denen Europa Anfang des neuen Jahrtausends konfrontiert war, lautete: Wie bleibt man in einer zunehmend globalisierten Welt wettbewerbsfähig? In puncto Lohn konnte Europa nicht mit dem Rest der Welt konkurrieren, also musste es sich auf einen anderen Wettbewerbsvorteil konzentrieren. Zu Beginn des Jahrtausends wurde eine Strategie auf den Weg gebracht, die darauf abzielte, Europa zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaft der Welt zu machen. Voraussetzung dafür waren breit qualifizierte, flexible und hoch effiziente Arbeitskräfte – Arbeitskräfte, die in der Lage sein mussten, mit den technologischen Entwicklungen Schritt zu halten, regelmäßig neue Fähigkeiten aller Art zu erwerben und sich an neue Anforderungen am Arbeitsplatz anzupassen. In diesem Kontext wurde der Begriff des „Jobs fürs Leben“ obsolet, während

gleichzeitig immer deutlicher zutage trat, dass mehr Menschen mit Unternehmergeist gebraucht wurden.



Während die Arbeitslosigkeit im Vergleich zu den frühen 90er Jahren abgenommen hatte, waren die Beschäftigungsquoten in Europa insgesamt nach wie vor gering. Auch die Langzeitarbeitslosigkeit hatte um sich gegriffen und gab den Mitgliedstaaten Anlass zur Sorge. Es lag auf der Hand, dass bedeutende Anstrengungen zur Erhöhung der Zahl erwerbstätiger Menschen erforderlich waren.

Die Einführung des Euro wurde 2002 vollendet, und mit dem Beitritt 10 neuer Mitglieder im Jahr 2004 wurde die Europäische Union beträchtlich erweitert, was neue Herausforderungen für die nunmehr 25 Mitgliedstaaten zählende EU mit sich brachte.

Bulgarien und Rumänien kamen 2007 hinzu, womit die Zahl der Mitglieder auf insgesamt 27 Länder stieg.

PLANUNG DER BESCHÄFTIGUNGSSTRATEGIE FÜR DAS KOMMENDE JAHRZEHNT

Im Jahr 2000 brachten die Staats- und Regierungschefs der EU die Lissabon-Strategie auf den Weg, um die EU bis 2010 zur fortgeschrittensten, wissensbasierten Wirtschaft der Welt zu machen. Diese Strategie beinhaltete unter anderem die Ziele, die Gesamtbeschäftigungsquote der Union auf 70% und die Beschäftigungsquote von Frauen auf über 60% anzuheben. Anschließend kam ein weiteres Ziel hinzu: Die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer bis 2010 auf 50% zu erhöhen.

Die Lissabon-Strategie bedeutete, dass die Bemühungen, die unternommen wurden, um Menschen zu helfen, einen Job zu finden und zu behalten, intensiviert werden mussten. Dies wurde zum vorrangigen Ziel aller beschäftigungspolitischen Maßnahmen für die kommenden Jahre.



NEUE PRIORITÄTEN FÜR DEN ESF

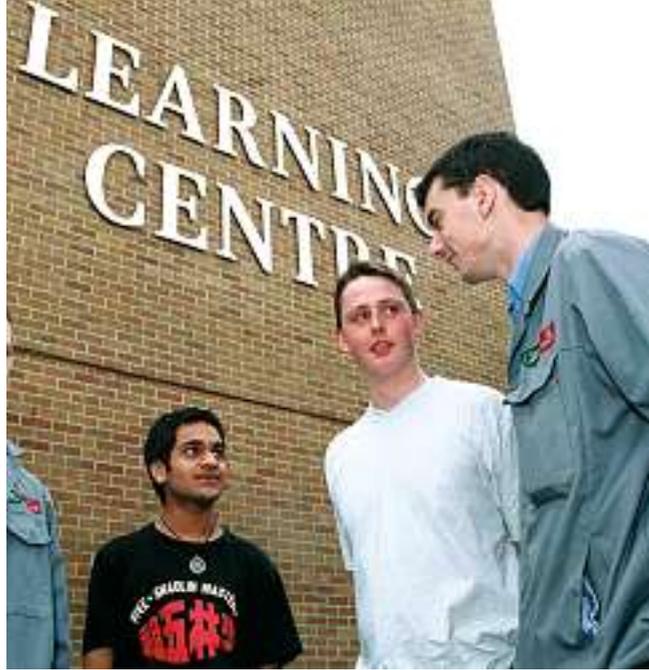
Der ESF wurde nun darauf ausgerichtet, die Europäische Beschäftigungsstrategie als Teil der Lissabon-Strategie zu unterstützen. Dabei sollte er sich auf die vier Pfeiler der EBS konzentrieren.

Da der im Wandel befindliche Arbeitsmarkt von Arbeitnehmern mehr Flexibilität verlangte, bestand eine Priorität für den ESF darin, parallel zur Einführung neuer Formen der Arbeitsorganisation die Fähigkeiten und die Flexibilität der Arbeitskräfte zu verbessern. Trotz der erhöhten Teilnahme an primärer, sekundärer und tertiärer Bildung reichten die ursprünglich erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten

ten für eine lebenslange Berufstätigkeit nicht mehr aus. Daher unterstützte der ESF die Entwicklung der Bildungssysteme, die ja in der Lage sein mussten, auf die Erfordernisse des Arbeitsmarkts zu reagieren. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf lebenslanges Lernen und Fortbildung auch innerhalb von Unternehmen.

Um den Trend in der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit umzukehren, wurden noch intensivere

Bemühungen zur Entwicklung aktiver Arbeitsmarktmaßnahmen mit vorbeugenden und joborientierten Strategien unternommen. In diesem Kontext wurde auch die Zahl der Arbeitslosen erhöht, denen eine Ausbildung oder ähnliche Maßnahmen angeboten wurden.



Unternehmertum wurde ebenfalls eine Priorität; es war wichtig, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das volle Beschäftigungspotenzial des Dienstleistungssektors und der industriebezogenen Dienstleistungen, insbesondere der Informationsgesellschaft und des Umweltsektors, erschlossen werden konnte. Die Gründung neuer Unternehmen und das Wachstum kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) waren von entscheidender Bedeutung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Erweiterung der Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche.

Im Übrigen setzte der ESF die Förderung der Chancengleichheit im Hinblick auf den Zugang zum Arbeitsmarkt und die Verhinderung sozialer Ausgrenzung fort. Neben den positiven Aktionen zugunsten der Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt führte er ein Gender-Mainstreaming-Konzept ein (was bedeutet, dass die Auswirkungen von Maßnahmen und Politiken auf Frauen und Männer zu berücksichtigen sind).

AUSDEHNUNG DER EU-GRENZEN

Am 1. Mai 2004 erlebte die EU die größte Erweiterung in ihrer Geschichte. Zehn neue Mitgliedstaaten traten der Union bei, und mit ihnen kamen neue Aufgaben auf den ESF zu. Die meisten neuen Mitgliedstaaten hatten bei der Umwandlung ihrer Gesellschaften und der Umstrukturierung ihrer Wirtschaften gewaltige Herausforderungen zu bewältigen,

da diese Veränderungen einen jähen Rückgang der Gesamtproduktion bewirkten, viele Menschen arbeitslos machten und dazu führten, dass sich die Probleme in bestimmten Regionen und ländlichen Gebieten konzentrierten.

42 

Die neuen Mitgliedstaaten standen vor der Aufgabe, Beschäftigungspolitiken festzulegen und ihre Einrichtungen und Politiken nach und nach auf die Europäische Beschäftigungsstrategie abzustimmen. Diese Arbeit begann bereits vor ihrer Mitgliedschaft; sie wurden darauf vorbereitet, den ESF nach ihrem Beitritt umzusetzen. Als die neuen Mitgliedstaaten der Union beitraten, ließ der ESF ihnen beträchtliche Mittel zukommen, um ihnen zu ermöglichen, Ungleichheiten abzubauen und die Prioritäten ihrer Beschäftigungspolitik festzulegen.

IMMIGRATION ALS MITTEL ZUR STÄRKUNG DES ARBEITSMARKTS

Im neuen Jahrtausend wurde die Europäische Union (EU) zu einem immer attraktiveren Bestimmungsort für Migranten aus aller Welt. Die Staats- und Regierungschefs der EU wurden sich dessen bewusst, dass ein neuer Ansatz zum Management der Migration erforderlich war, und legten 1999 und 2004 eine gemeinsame EU-Einwanderungspolitik fest, die Freiheit, Sicherheit und Recht in der EU verstärken sollte. Im Vordergrund stand das Ziel, Migrationsströme durch einen koordinierten Ansatz, der die wirtschaftliche und demografische Situation in der EU berücksichtigt, besser zu verwalten.



Der ESF unterstützt die Eingliederung von Migranten, einschließlich Asylbewerber, durch spezifische Maßnahmen, die darauf abzielen, ihre Teilhabe an Beschäftigung zu erhöhen, ihre Sprachkenntnisse zu verbessern und Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt vorzubeugen und so ihre soziale Integration zu fördern.

DIE ERFAHRUNG ÄLTERER ARBEITNEHMER SICHERN

Obwohl die Arbeitskräfte der EU immer älter werden, mangelte es zunehmend an Jobmöglichkeiten für Personen ab 50, da ältere Arbeitnehmer im Zuge der Umstrukturierung von Unternehmen häufig als erste „verabschiedet“ wurden und die Arbeitgeber in der Regel keine älteren Arbeitskräfte einstellten. Dies führte neben einem vorzeitigen und unwiderruflichen Verlust von Humankapital auch zu höheren Ausgaben in Bereichen wie Sozialschutz, Arbeitslosenhilfe und Gesundheitsversorgung.

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich das Konzept des „aktiven Alterns“. Aktives Altern bezieht sich auf eine erhöhte Teilhabe älterer Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt. Es gilt heute als wesentliche Voraussetzung zur Modernisierung des europäischen Sozialmodells. Das Potenzial älterer Arbeitnehmer zu nutzen, würde auch helfen, die negativen Trends im Arbeitskräfteangebot auszugleichen. Der ESF hat durch eine Reihe von Ausbildungsprogrammen dazu beigetragen, das aktive Arbeitsleben zu verlängern und die Beschäftigungsfähigkeit von über 40- und 50-jährigen zu verbessern. Manche Programme führten „Nachschubperioden“ für Arbeitnehmer ein, um sie mit neuen Technologien und Software vertraut zu machen. Im Rahmen eines anderen Programms wurde das Wissen älterer Arbeitnehmer im Rahmen von Mentoringprogrammen an junge Menschen weitergegeben. Insgesamt wurde mehr Gewicht auf die Erhöhung der Arbeitsfähigkeit durch besseren Zugang zu Ausbildung und bessere Arbeitsbedingungen gelegt.





JUNGE MENSCHEN AUF DEN ARBEITSMARKT BRINGEN

Auch im neuen Jahrtausend blieb die Unterstützung von Jugendlichen beim Eintritt in den Arbeitsmarkt einer der Kernbereiche des ESF. Angesichts der Tatsache, dass die Jugendarbeitslosigkeit in der EU fast doppelt so hoch ist wie die Gesamtarbeitslosenquote, war dies eine gewaltige Herausforderung. Im Gegensatz zu der früheren Situation,

wo es sich bei jungen Arbeitslosen überwiegend um gering gebildete Personen handelte, musste Europa nun das Problem der jungen arbeitslosen Hochschulabsolventen angehen.

44 

Der ESF unterstützte Systeme der beruflichen Entwicklung und individuellen Beratung, etwa Berufserziehung in den Lehrplänen von Schulen, Berufsberatung durch Gemeindestellen und Berater (um beispielsweise Jugendlichen zu helfen, einen ersten Job zu finden, neue Qualifikationen zu erwerben, den Übergang zu einem anderen Beruf zu bewältigen oder mit Arbeitslosigkeit fertig zu werden), Beschäftigungsberatung durch Arbeitsämter, lokale Beschäftigungsagenturen und Vermittlungsorganisationen sowie die Bereitstellung von Beratung, Ausbildung und Lehren für Arbeitnehmer durch Organisationen für lebenslanges Lernen. Angesichts der Probleme junger arbeitsloser Hochschulabsolventen wurden mit allgemeiner und beruflicher Bildung kombinierte Lehren eingeführt. Der ESF hat geholfen, auf diese spezifische Gruppe abgestimmte Dienste einzurichten und den Betroffenen persönliche Unterstützung und Betreuung anzubieten.

BEKÄMPFUNG ALLER FORMEN VON DISKRIMINIERUNG UND SCHAFFUNG VON CHANCENGLEICHHEIT

Vor fünfzig Jahren war die Überwindung der nationalistischen und ethnischen Konflikte, die Europa gespalten hatten, eine der Kräfte, die den Prozess der euro-

päischen Integration vorantrieben. Im neuen Jahrtausend geht es in erster Linie darum, zu verhindern, dass Menschen aufgrund ihrer Rasse oder ethnischen Herkunft, ihrer Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Ausrichtung auf irgendeine Weise diskriminiert werden.

Die Überwindung von Diskriminierung am Arbeitsplatz und beim Zugang zu Beschäftigung wurde als Schlüsselement der Strategie erkannt, mit der die Europäische Union im neuen Jahrtausend mehr und bessere Arbeitsplätze schaffen will. Um die Beschäftigungsquote zu erhöhen, mussten folglich nicht nur auf bestimmte Gruppen ausgerichtete Maßnahmen eingeführt, sondern auch die Hindernisse abgebaut werden, die ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt oder die Teilhabe an Bildung verbauen.

Daher wurde der Wirkungsbereich des ESF erweitert und umfasste fortan die Bekämpfung „aller Arten von Diskriminierung und Ungleichheit im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt“. In diesem Kontext wurden neue Instrumente entwickelt, um den Arbeitgebern zu helfen, die Bestimmungen der zwei Gleichbehandlungsrichtlinien zu erfüllen, und man bemühte sich, Arbeitgeber davon zu überzeugen, dass die Vielfalt der Arbeitskräfte auch „geschäftlich sinnvoll“ ist. Die aktive Mitwirkung der Sozialpartner war für diesen Erfolg entscheidend. Auch neue Arten von Beschäftigungsdiensten und Funktionen wurden unterstützt, zusammen mit maßgeschneiderter Ausbildung und Kommunikation als feste Bestandteile des Integrationsprozesses.

LABOR FÜR INNOVATION

Gestützt auf die Erfolge früherer Gemeinschaftsinitiativen wurde im Jahr 2000 die Initiative EQUAL gestartet. Sie war als eine Art Labor gedacht, um neue Wege zur Inangriffnahme von Diskriminierung und Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt zu entwickeln und durch die Bekämpfung von Diskriminierung und Ausgrenzung aufgrund des Geschlechts, der Rasse oder ethnischen Herkunft, der Religion oder



Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung eine alle einbeziehende Arbeitswelt zu fördern.

Das Prinzip und der Aufbau der Initiative EQUAL, d.h. Partnerschaft mit Mitwirkungsmöglichkeiten, Transnationalität, Mainstreaming, Innovation und thematisches Konzept, haben sich bei der Erprobung umfassender Ansätze zu Benachteiligung und Diskriminierung als äußerst wirksam erwiesen. Die erfolgreiche Entwicklung eines integrierten Ansatzes zu den vielschichtigen Problemen der Diskriminierung ist heute Teil der EU-Strategie, die für mehr und bessere Arbeitsplätze sorgen und gewährleisten soll, dass niemandem der Zugang dazu verwehrt wird.



**Wir feiern 50 Jahre
Investitionen
in Menschen**



In den letzten 50 Jahren wurden außerordentliche Fortschritte erzielt, und an ihrem 50. Geburtstag umfasste die EU, da Bulgarien und Rumänien Anfang des Jahres der Union beigetreten sind, 27 Mitgliedstaaten und nahezu 500 Millionen Bürger.

Im Jahr 2007 hat sich gezeigt, dass die Bemühungen zur Umgestaltung des Arbeitsmarktes Früchte tragen, auch wenn noch weitere Anstrengungen erforderlich sind, um die europäischen Beschäftigungsziele zu erreichen. Auch das Produktivitätswachstum und die Qualität der Arbeitsplätze liegen nach wie vor unter dem Niveau, das wir brauchen, um dem globalen Wettbewerb die Stirn bieten zu können. Die Fähigkeit der europäischen Arbeitsmärkte, auf die Herausforderung der Globalisierung und der Alterung der Gesellschaft zu reagieren, ist ebenfalls weiterhin ein kritischer Punkt. Gleichzeitig besteht eine steigende Nachfrage nach neuen Fähigkeiten, etwa in neuen Computertechnologien, in neuen Dienstleistungen und in der Biotechnologie. Die sich rasch verändernden Bedürfnisse des Arbeitsmarkts machen anpassungsfähigere Lösungen erforderlich, und die Alterung der europäischen Gesellschaft verlangt mehr Innovation und Flexibilität. Und auch Europa selbst ist im Wandel begriffen.

Dieser Zeitpunkt fiel auch mit dem Beginn eines neuen Siebenjahreszyklus für den ESF zusammen. Da die EU immer mehr Gewicht auf Wachstum und Beschäftigung legt, spielt der ESF eine noch zentralere Rolle.

EIN BLICK IN DIE ZUKUNFT – DIE ZEIT AB 2007

Der ESF hat wesentliche Reformen eingeführt, um die Herausforderungen in den kommenden Jahren bewältigen zu können. Mehr denn je verfolgt der ESF einen strategischen Ansatz, der darauf ausgerichtet ist, Wachstum und Beschäftigung zu verwirklichen. Für den Zeitraum 2007 bis 2013 wird der ESF über 10 Milliarden Euro pro Jahr investieren, zusätzlich zu den eigenen finanziellen Beiträgen der Mitgliedstaaten. Die ESF-Förderung konzentriert sich auf Gebiete, wo sie im Hinblick auf die Erreichung der zwischen Mitgliedstaaten und Kommission vereinbarten Ziele die beste Wirkung erzielen kann. Die Regeln des ESF sind vereinfacht worden und es wurde viel deutlicher klargestellt, welche Aufgaben die Mitgliedstaaten und Regionen zu erfüllen haben und wofür die Kommission verantwortlich ist.



FLEXIBLE LÖSUNGEN FÜR EINEN FLEXIBLEN ARBEITSMARKT

Die EU ist sich dessen bewusst, dass sich die Bedürfnisse von Arbeitnehmern und Unternehmen im Zuge der Globalisierung und des technologischen Fortschritts rasch verändern. Firmen stehen unter zunehmendem Druck, ihre Produkte und Dienstleistungen schneller anzupassen und weiterzuentwickeln. Wenn sie sich auf dem Markt behaupten wollen, müssen sie ihre Produktionsmethoden und ihre Arbeitskräfte kontinuierlich anpassen. Diese Situation stellt höhere Anforderungen an

50 

Unternehmen, ihren Arbeitskräften beim Erwerb neuer Fähigkeiten zu helfen. Sie stellt auch höhere Anforderungen an die Arbeitnehmer, und zwar hinsichtlich ihrer Veränderungsfähigkeit und -bereitschaft. Gleichzeitig wissen die Arbeitnehmer, dass Firmenumstrukturierungen keine Ausnahme mehr sind, sondern mittlerweile zur Realität des Alltags gehören. Um ihr Leben und ihre Berufslaufbahn planen zu können, brauchen Arbeitnehmer neue Formen von Sicherheit, die ihnen helfen, beschäftigt zu bleiben und all diese Veränderungen zu bewältigen. Neue Sicherheiten müssen über den spezifischen Job hinausgehen und sichere Übergänge zu neuen Beschäftigungen gewährleisten.

„Flexicurity“ ist ein Versuch, diese beiden grundlegenden Bedürfnisse miteinander zu vereinen. Flexicurity fördert eine Kombination aus flexiblen Arbeitsmärkten und einem hohen Grad an Beschäftigungs- und Einkommenssicherheit und gilt daher als die Antwort auf das Dilemma der EU, der daran gelegen ist, die Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten und zu verbessern und gleichzeitig das europäische Sozialmodell zu bewahren.

Der ESF wird folglich weiterhin an der Schaffung eines flexiblen Arbeitsmarkts arbeiten. Im Zeitraum 2007-2013 wird es vor allem darum gehen, durch eine bessere Antizipation und ein positives Management des wirtschaftlichen Wandels die Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer, Unternehmen und Unternehmer zu erhöhen. Im Rahmen dieser Priorität wird sich die ESF-

Unterstützung auf die Modernisierung und Verstärkung von Arbeitsmarkteinrichtungen, aktive Arbeitsmarktmaßnahmen und Initiativen für lebenslanges Lernen, auch innerhalb von Unternehmen, konzentrieren. Der Fonds wird sich auch weiterhin Beschäftigungsfragen widmen, die Zugänglichkeit zum Arbeitsmarkt gewährleisten und die Teilhabe daran fördern. Darüber hinaus wird der Fonds, indem er den Zugang und die Einbeziehung „benachteiligter Arbeitskräfte“ sicherstellt, auch darauf hinarbeiten, soziale Ausgrenzung zu verhindern und Diskriminierung zu bekämpfen.

Ab 2007 fällt dem Fonds eine neue Aufgabe zu: Die Verbesserung der Kapazität öffentlicher Einrichtungen auf allen Regierungsebenen, auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, politische Maßnahmen und Dienstleistungen zu entwickeln und durchzuführen. Der ESF wird auch Partnerschaften zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und öffentlichen Verwaltungen fördern, um Reformen auf dem Gebiet von Beschäftigung und Eingliederung zu erleichtern. Transnationale Zusammenarbeit soll in alle ESF-Aktionen einbezogen werden, und Innovation wird ein Bestandteil seiner gesamten Aktivitäten.



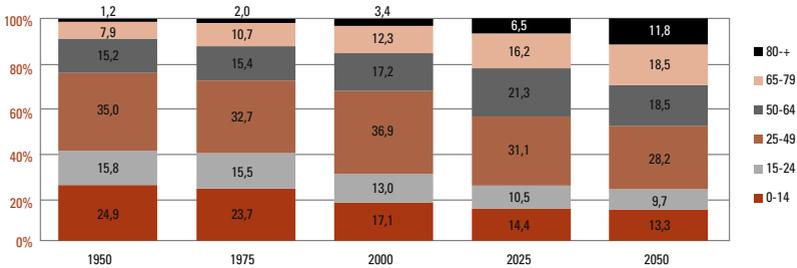
LANGFRISTIGE VISION

→ 51

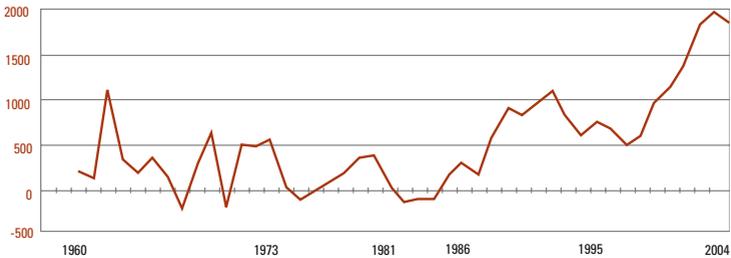
In den kommenden Jahren wird der Europäische Sozialfonds weiterhin den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten fördern und die Europäische Union dadurch unterstützen, dass er auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt, die Verwirklichung der Gleichbehandlung von Frauen und Männern und Solidarität zwischen den Generationen hinarbeitet und gleichzeitig soziale Ausgrenzung und Diskriminierung bekämpft.

ANLAGE

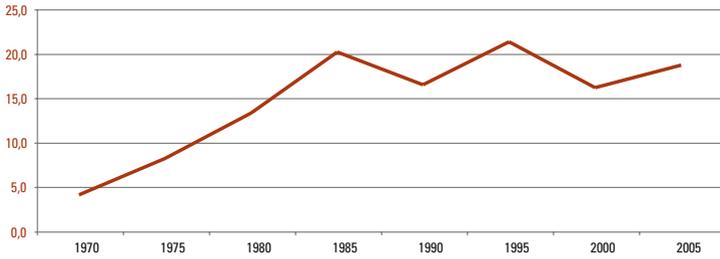
DIE ALTERUNG DER EUROPÄISCHEN BEVÖLKERUNG – VERTEILUNG DER BEVÖLKERUNG (EU-25) NACH ALTERSGRUPPE (1950-2050)



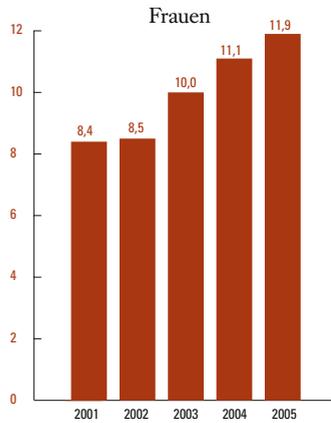
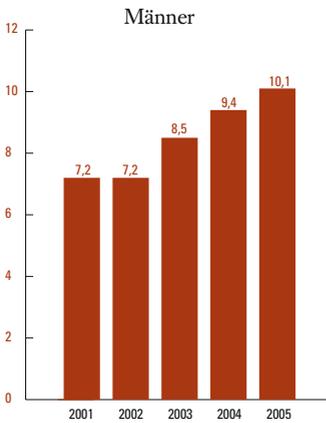
ENTWICKLUNG DER NETTOMIGRATION, EU (UNTERSCHIED ZWISCHEN VERÄNDERUNG DER GESAMTBEVÖLKERUNG UND NATÜRLICHEM WACHSTUM, PER 1000)



JUGENDARBEITSLOSENQUOTE, (15-24) (%)



ENTWICKLUNG DES LEBENSLANGEN LERNENS (% DER BEVÖLKERUNG ZWISCHEN 25 UND 64 JAHREN, DIE AN ALLGEMEINER UND BERUFLICHER BILDUNG TEILHABEN – EU-25)



Europäische Kommission

Europäischer Sozialfonds: 50 Jahre Investitionen in Menschen

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

2007 – 54 S. – 14,8 x 21 cm

ISBN 92-79-03355-7

Bildnachweis:

© Agence VU: S. 12 (Gabriel Martinez), S. 17 (Stepahne Duroy).

© AKG / Van Parys: S. 14-15.

© ALINARI: S. 16: Team/ALINARI Archives, Florenz.

© Dailylife/Carl Cordonnier: S. 24.

© Europäische Gemeinschaft: S. 3, S. 19, S. 23, S. 47.

© Gettyimages: Titelblatt, S. 7, S. 10, S. 11, S. 20-21, S. 22, S. 25, S. 27, S. 30, S. 32, S. 33, S. 34, S. 42 (links), S. 43, S. 45, S. 48-49, S. 50, S. 51

© The Image Bank: S. 18, S. 28-29.

© Report digital: S. 13 (Paul Box), S. 31 (Roy Peters), S. 35 (David Mansell), S. 37 (Jess Hurd), S. 38-39 (Janina Struk), S. 40 (David Bocking), S. 41 (John Harris), S. 42 (rechts- Jess Hurd), S. 44 (John Harris).

VERKAUF UND ABONNEMENTS

Die kostenpflichtigen Veröffentlichungen des Amtes für Veröffentlichungen sind bei unseren Verkaufsstellen in zahlreichen Ländern der Erde erhältlich oder dort zu bestellen. Das Verzeichnis dieser Stellen können Sie erhalten:

- über die Internet-Seite des Amtes für Veröffentlichungen (<http://publications.europa.eu/>),
- über die Faxnummer (352) 29 29-42758.



2007 — Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle

Falls Sie an den **Veröffentlichungen** der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit interessiert sind,

können Sie sie unter folgender Adresse herunterladen:

http://ec.europa.eu/employment_social/emplweb/publications/index_de.cfm

oder sich unter folgender Adresse kostenlos online registrieren:

http://ec.europa.eu/employment_social/sagapLink/dspSubscribe.do?lang=de

ESmail ist der elektronische Informationsbrief der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit.

Registrieren Sie sich online unter:

http://ec.europa.eu/employment_social/emplweb/news/esmail_de.cfm

http://ec.europa.eu/employment_social/index_de.html



Amt für Veröffentlichungen

Publications.europa.eu

ISBN 92-79-03355-7



9 789279 033551